

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa,  
Gomruß Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassonno: Dresden 1590  
Etrasse Riesa Nr. 82.

Nr. 7.

Montag, 10. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bode. Für den Fall des Unterbrechens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Lohns und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Näheres für die Nummer des Ausgabebeleges sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibgröße (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Neulamelle 100 Gold-Pfennige. Zeitungen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rausch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Gegläser an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verleger, Einrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschätzung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostschkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das mittelamerikanische Pulverloß.

Die letzten Nachrichten, die aus den Vereinigten Staaten und vom nicaraguanischen „Kriegsschauplatz“ herübergekommen sind, lassen erkennen, daß sich die Lage von Tag zu Tag ausweitert. Immer deutlicher schält sich aus dem Wust der Geschäfte in Mittelamerika der Kern der Ursache ab. Heute mutet das, was in Nicaragua passiert ist, schon ziemlich gleichgültig an. Die Spannung zwischen Washington und Mexiko, insbesondere die letzten Erklärungen Coolidges, deuten darauf hin, daß weder von der einen noch von der anderen Seite Tendenzen zu erwarten sind, die den ganzen Streitfall zum Abfliegen bringen könnten. Coolidge hat mit kennzeichnender Deutlichkeit die Erklärung abgegeben, daß es für die Amerikaner kein Nachgeben gebe, daß die Truppen der Union unter allen Umständen in Nicaragua bleiben werden, bis der „Friede“ gesichert sei. Wenn die amerikanische Regierung auch heute noch sich bemüht, den Anmarsch der Truppen in Nicaragua als eine Maßnahme zu bezeichnen, die lediglich dem Schutz amerikanischer Eigentumsgegenstände dienen soll, so vermag diese Schönfärberei doch nicht mehr die Erkenntnis zu trüben, daß die amerikanische Regierung ihre Macht hat fallen lassen. Denn was hat es mit dem sogenannten Schutz des amerikanischen Eigentums zu tun, wenn der amerikanische Präsident im Zusammenhang mit der Affäre von Nicaragua die Bemerkung macht: „Wenn die amerikanische Regierung die Regierung eines anderen Landes anerkennt, so ist das keine leere Geste.“ Deutlicher kann es in der Tat nicht ausgedrückt werden, daß es den Amerikanern in Wirklichkeit mehr darum zu tun ist, einen Grund zum Eingreifen zu konstruieren. Mit der Konstruktion des Grundes, den Herr Coolidge bekannt gab, ist die amerikanische Regierung etwas allzu unvorsichtig zu Werke gegangen. Erkannt eine Macht die Regierung einer anderen Nation an, so übernimmt sie mit dieser Anerkennung keinesfalls die Verpflichtung, diese Regierung eines anderen Landes gegen den Willen der Bürger dieses Landes zu haben. Eine solche Unterstützung wäre unter allen Umständen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes, also eine Kriegshandlung, oder zum mindesten eine Handlung, die dem Völkerrecht widerspricht. Wenn wir in Deutschland auch sicherlich nicht geringste Relanz haben, in dem mittelamerikanischen Streitfall für den einen oder den anderen Partner Partei zu ergreifen, so verpflichtet und diese Neutralität doch nicht, unsere Ansätze über das Recht in diesem Ozean, der unseren Interessen so fern liegt, nicht auszusprechen. Mit seinem Eingreifen in Nicaragua hat sich Washington zu einer Handlung verpflichtet, die unseres Erachtens den seitumrisenen Gesetzen des Völkerrechts widerspricht. Diese Beurteilung der Sachlage gestaltet sich für Washington auch dann nicht günstiger, wenn man erfährt, daß der Einmarsch amerikanischer Truppen in Nicaragua sich weniger gegen die Interessen dieser Republik richtet, als gegen Mexiko. Die Handlung der amerikanischen Marinebrigade an der Ostküste Nicaraguas war die Erfüllung des tatsächlichen Kriegszustandes mit der mexikanischen Regierung. Denn Washington wußte, daß diese Truppenlandung automatisch Gegenmaßnahmen des mexikanischen Präsidenten Calles auslösen würde. Zwar bemüht sich die mexikanische Regierung sichtlich, den Ausbruch der Explosion zu verhindern. Aber die Tatsache, daß der Präsident Calles bekannt gegeben hat, daß er nunmehr die neue Gesetzbestimmung über das Eigentum der Erdölquellen des Landes praktisch in Kraft setzen werde, zeigt, daß Mexiko nicht gesonnen ist, den Schlag, der ihm in Nicaragua verfeßt wurde, widerspruchslos hinzunehmen. Wenn man ferner aus Washington erfährt, daß die Regierung dort seit entschlossen ist, die Infraktionierung des neuen Erdölgesetzes durch die mexikanische Regierung als eine gegen Amerika gerichtete feindselige Haltung aufzufassen, so kann man sich ungefähr ein Bild darüber machen, wie ernst und gefährdend die Lage sich in den letzten Tagen auf dem amerikanischen Kontinent zugespielt hat. Zwar ist es zwischen den amerikanischen Landungsstruppen und den Revolutionären in Nicaragua noch zu feinerlei Feindseligkeiten gekommen. Aber da zu befürchten ist, daß mexikanische Freischaren den bedrängten Kämpfern in Nicaragua zu Hilfe eilen werden, was einen Zusammenstoß zwischen Amerikanern und Mexikanern zur Folge haben könnte, so darf man nicht allzu erstaunt sein, wenn in allerletzter Zeit, womöglich über Nacht, der Krieg zwischen Amerika und Mexiko eine vollendete Tatsache geworden ist. Da fast sämtliche Staaten Latein-Amerikas sich mehr oder weniger entschlossen auf die Seite Mexikos stellen, so hat Washington im Kriegsfall nicht mit Mexiko allein als Gegner zu rechnen. Was besagt, daß das Abenteuer, in das die Washingtoner Regierung die Union gestürzt hat, sich unter Umständen außerordentlich verhängnisvoll für das amerikanische Volk auswirken kann. Man würde es daher begrüßen, wenn es der tatkräftigen Opposition im Washingtoner Senat gelingen sollte, die Regierung ihres Landes zu einem Nachgeben zu veranlassen.

## Die Regierungsfrage.

Heute Beginn der Verhandlungen über die Kabinettsbildung.

(Berlin. Wie vermutet wird, wird der Reichspräsident heute zunächst den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, empfangen und ihn ermahnen, Verhandlungen mit den Parteien für die Bildung einer neuen Regierung zu führen. Der „Montagspost“ zufolge werde Hermann Müller den Kaiser abholen, und der Reichspräsident werde dann entsprechend den parlamentarischen Grundgesetzen den Führer der Deutsch-

## Die sächsischen Staatsfinanzen.

In den Pflichten zurücktretender Regierungen sollte es eigentlich gehören, noch ehe das definitive Aufheben der Minister aus ihren Ämtern erfolgt, über ihre Tätigkeit, ihre Erfolge und Mißerfolge Bilanz zu ziehen. Aber ihre Tätigkeit, die den Wählern die Selbstkritik ermöglichen, ob sie mit der Abgabe ihres Stimmzettels beim letzten Wahlgange sich auf dem rechten Wege befunden haben, besonders notwendig wären diese Bilanzberichte für das Kapitel der Regierungstätigkeit, von dem Wohl und Wehe der Gesamtbürger am sichtbarsten abhängen, für die Finanzen. Wenn gleich niemand verkennen wird, daß der letzten und nur zufällig mit dem Ablauf des Staatjahres zusammenfallende Rücktritt einer Regierung schätzbarste Schlüsse über den Charakter des Finanzgeschäftes der zurücktretenden Regierung und der Eignung des gewesenen Finanzministers für seinen Posten zulassen wird, so werden sich doch, falls die Beendigung der Amtstätigkeit eines Ministers, wie gegenwärtig in Sachsen, meistens nahezu mit dem Ende des Staatjahres über einstimmt, an Hand eines Überblicks über die Entwicklung der Staatsfinanzen eines früheren Ministers des noch laufenden Staatjahres Urteile, die den zur Bildung der folgenden Regierung bezugnehmenden Fraktionen oder Parteien wichtige Hinweise für die Ausgestaltung des finanziellen Teils des Regierungsprogramms bieten und die erkennen lassen, ob in Ausgaben und Einnahmen der bisherige Kurs weiter verfolgt oder ob neue Wege eingeschlagen werden müssen.

Wenn man unter diesen Gesichtspunkten am Ende des 8. Regierungsjahres der großen Koalition in Sachsen die Entwicklung der sächsischen Staatsfinanzen in nächstem Überblick seit dem Beginn des letzten und noch laufenden Budgetjahres betrachtet, so wird selber nicht gesagt werden können, daß diese Rückblick, wieviel auch an sich selbstverständlichem Material, die sie enthält, überflüssig wäre. Zwar trifft den nunmehr in sein früheres Amt als Staatsbankrott wieder übergehenden bisherigen sächsischen Finanzminister Dr. Dehne eine ausgedehnte Schuld an dieser Tatsache in seiner Weise. Es muß ihm vielmehr zugestanden werden, daß er sich in seiner relativ kurzen Amtszeit mit allen Kräften für eine Sanierung der sächsischen Finanzen, die wie die anderer Länder seit dem Krieg nie besonders günstig gewesen sind, eingesetzt hat. Auch seinem Vorgänger, dem augenblicklich gleichfalls abgetretenen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, sind aus seiner sächsischen Tätigkeit tiefgreifende Verdienste nicht zu machen, es sei denn, daß man heute noch daran Anstoß nehmen möchte, daß er während der finanziellen Situation Sachsen hoffnungslosere Lichter aufsetzte, als es vielleicht erproblich war.

Aber Dr. Reinhold hatte das Erbe der Selbstergeit und jenes einzigen kommunalistischen Finanzministers, der in Deutschland je am Ruder war, übernommen. Daß diese überaus revolutionäre Erbschaft sich selbst nicht überwinden lassen würde, war ja allen, die Augen hatten, von vornherein klar. Aber niemand hätte trotzdem angenommen, daß es sich noch 2-4 Jahre später in einer Weise auswirken würde, die zu den allerhöchsten Bedenken Anlaß gibt.

Die sächsischen Finanzen des laufenden Staatjahres 1926/27 befinden sich wie Anhaltspunkte und Beispiele beweisen, die der Finanzminister gelegentlich des parlamentarischen Kampfes um die Bewilligung der Beamtenbeihilfen zu Bekundungen an die Hand geben, im Zustand bedauerlicher Verfall.

Der Haushaltsplan für das genannte Budgetjahr, der noch von Dr. Reinhold kamme und den er am 11. 1. 1926 als letzte sächsische Amtshandlung vor dem Landtag zu verteidigen hatte, sah in Einnahmen und Ausgaben einen Budgetüberschuss von 116 440 000 Mark vor. Auf die einzelnen Steuerquoten umgerechnet müßten demnach durchschnittlich

nationalen, Grafen Bekary, mit der Regierungsbildung betrauen. Nach Ansicht der „Montagspost“ werde sich Graf Bekary Bedenken aussprechen und wenigstens formell Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Da kein Bereich ungewissheit mit einem Mißerfolge erden werde, so werde der Reichspräsident den Reichswirtschaftsminister Curtius mit der Regierungsbildung betrauen. Schwere auch dieser, so bleibe als einzige Lösung, daß wieder ein Reichstagsminister aus den Reihen des Reichstages komme, der abermals wie Dr. Marx ein Kabinett leiten werde, daß auf die Neutralität der Sozialdemokraten angewiesen sei.

## Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkdruck.) Die Bemerkungen um die Neubildung der Regierung sind am heutigen Morgen wieder aufgenommen worden. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, empfing der Reichspräsident zunächst den Reichstagspräsidenten Debes, um mit ihm die parlamentarische Lage durchzusprechen. Im Anschluß daran hat der Reichspräsident den Führer der Reichstagsfraktion der bayerischen Volkspartei Domkapitular Dehd und den Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung Professor Bredt zu sich gebeten. Eine nochmalige Besprechung mit den Vorsitzenden der großen Fraktionen ist nicht vorzuziehen, da sie dem Reichspräsidenten ihre Ansichten bereits vor 2 Tagen bekannt gegeben haben.

Einnahmen und Ausgaben sich mit 79 108 525 und im ersten Dreivierteljahre mit 207 535 560 Mark die Waage halten. Das die im letzten genannten Zeitraum tatsächlich gemachten Staatseinnahmen anlangt, so stellen sich diese auf 127 Millionen Mark, also auf rund 110 Millionen Mark weniger im Vergleich zur Voranschlagsung Dr. Reinholds. Sollte der Budgetantrag für das Gesamtjahr erreicht werden, so müßten in dem noch ausstehenden Quartal rein zahlreich noch 145 Millionen Mark ordentlicher und außerordentlicher Staatseinnahmen aufkommen. Daran ist selbstverständlich nicht zu denken.

Zieht man die Ausgaben zum Vergleich heran, so unterscheiden diese in den bisherigen neun Monaten des laufenden Staatjahres den Voranschlag zwar um rund 13 Millionen Mark, werden aber doch die sich auf etwa 170 Millionen belaufenden, nach den bisherigen Einnahmen zu erwartenden Jahresgesamtsummen um rund 180 Millionen Mark übersteigen. Die augenblicklich zwischen tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben vom April bis Dezember 1926 einschließlich bestehende Differenz stellt sich zusammen der Passivseite auf 97 Millionen Mark.

Diese an sich schon betrübliche Zwischenbilanz der sächsischen Staatsfinanzen hat nun aber für Sachsen noch eine ganz besondere ernste Eigentümlichkeit. Von den im genannten Zeitraum aufgefundenen 127 Millionen Mark Einnahmen entfallen 123 Millionen Mark auf Steuern und davon wieder rund 76 Millionen Mark, entsprechend dem Voranschlag, der für das Rechnungsjahr reichlich 101 Millionen Mark dieser Herkunft vorsah, auf Reichsteuernüberschüssen. Das besagt somit, als daß die sächsischen Landessteuern und die Nutzungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten im Berechnungszeitraum nicht mehr als 51 Millionen Mark erbracht haben.

Steht man dem gegenüber, daß Landessteuern und Staatsvermögensüberschüsse nach dem Voranschlag von April bis Dezember 1926 gegen 68 Millionen erbringen müßten, so wird die Frage nach der geringen Ertragsfähigkeit der sächsischen Steuern nur allzu begründet erscheinen. Da die Mindereinnahmen aus den Landessteuern kaum erheblich ins Gewicht fallen dürften, bleibt nur noch der Schluss, daß die Erträge für die Staatsvermögens und der Staatsanstalten, die der Forsten, Domänen, Landwirtschaftsbetriebe, des Eisen-Bades, der Wasserwirtschaft, der Bergverwaltung, der staatlichen Straßenbahn und Kraftwagenlinien, der Landeslotterie usw. weit hinter dem zurückgeblieben sind, was von ihnen erwartet wurde. Genauer darüber wird sich zwar erst nach Ablauf des Staatjahres sagen lassen, aber wie schon so oft in der Vergangenheit muß diese notwendige Schlussfolgerung als ein ernstes Warnungssignal vor der in Sachsen zweifellos vorhandenen Überproduktion staatlicher Unternehmungen angesehen werden.

Augenblicklich mag sich zwar noch ein Ausgleich für das aus der Überproduktion der staatlichen Wirtschaftstätigkeit sich ergebende Defizit finden lassen. Aber wie ein dunkles Gewölbe nähert sich der Gesamtheit der sächsischen Steuern außer die Gefahr, um staatswirtschaftlicher Eigenbedürfnisse willen immer härtere, immer untragbarere Opfer auf sich nehmen zu müssen, nicht auch die Steuer, in der die Ertragsleistung der überbelasteten sächsischen Steuerzahler, besonders in Mittelhandelskreisen, sich vielleicht zu Schanden hinreichend läßt, die diese sonst Erhaltung liebenden Kreise ohne den Druck der staatswirtschaftlichen Experimente weit von sich weisen würden.

Die sich an der neuen sächsischen Regierung beteiligenden Parteien und vor allem der Nachfolger Dr. Dehnes im Amt des Finanzministers mögen das Unheilvolle dieser Entwicklung wohl bedenken und sich von der Neunomonatsbilanz des letzten Ende austretenden Rechnungsjahres zu einer energiegelassen Umkehr auf dem bedenklichen Wege, den allerdings Dr. Reinhold, der Vater der sächsischen Staatswirtschaft, insurgierte, bestimmen lassen.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den Reichstagspräsidenten Debes zu einer kurzen Besprechung. Wie das Nachrichtenbüro des Reichs deutscher Zeitungsverleger hört, hat die Besprechung zu einer weiteren Klärung in der Frage der Regierungsbildung nicht geführt. Es wird angenommen, daß der Reichspräsident die Absicht weiter verfolgt, den Reichstagspräsidenten Dr. Curtius mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichspräsident von Hindenburg wird, wie das Nachrichtenbüro des Reichs deutscher Zeitungsverleger weiter hört, zunächst auch noch den Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion Graf von Bekary und den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Herrn von Gunderb empfingen.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichspräsident von Hindenburg hat ferner den Abg. Reich von der Bayerischen Volkspartei und den Abg. Dr. Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung empfangen.

## Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei

hat sich heute in Berlin im Vorwärtsgebäude verlammt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen werden sich mehrere Stunden hinziehen, so daß eine Entscheidung erst in den späten Abendstunden zu erwarten ist.